

sueddeutsche.de

Ressort: Deutschland  
 URL: /deutschland/artikel/604/120452/article.html  
 Datum und Zeit: 26.06.2007 - 18:41

26.06.2007 15:46 Uhr

[Afghanistan-Debatte](#)

## "Die Basis muss mitreden"

**Robert Zion und sein Gelsenkirchner Kreisverband haben bei den Grünen eine Bewegung für einen Sonderparteitag gegen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan losgetreten. Inzwischen fordern bereits 39 Kreisverbände den Extra-Parteitag, das nötige Quorum liegt bei 44.**

*Interview: Robert Roßmann*



Fordert einen Sonderparteitag zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan: Robert Zion  
 Foto: OH

**SZ:** Warum verlangen Sie einen Sonderparteitag?

**Robert Zion:** Unserer Ansicht nach hat die Mehrheit der Bundestagsfraktion mit ihrer Zustimmung zum Tornado-Einsatz sowohl die Grundprinzipien der Grünen als auch einen Parteitags-Beschluss verletzt. In dem Parteitags-Beschluss vom Dezember 2006 heißt es wörtlich: "Eine Erweiterung des Bundeswehrmandates auf den afghanischen Süden lehnen wir ab." Genau dort werden jetzt aber die Tornados eingesetzt.

**SZ:** Darüber könnten Sie aber auch auf dem nächsten regulären Parteitag Ende November in Nürnberg streiten.

**Zion:** Aber ohne, dass es eine Auswirkung hätte. Denn die Verlängerung der Mandate für den Bundeswehreinsatz steht schon im Herbst an - also vor dem regulären Parteitag. Die Basis sollte aber die Möglichkeit haben, rechtzeitig Stellung zu nehmen.

**SZ:** Sie mobilisieren schon seit der Tornado-Entscheidung im März für einen Sonderparteitag. Trotzdem haben Sie das Quorum noch nicht erreicht. Warum glauben Sie dennoch an Ihren Erfolg?

**Zion:** Wegen der kritischen Stimmung in vielen Kreisverbänden. Die Situation in Afghanistan verbessert sich ja nicht gerade. Die Zahl der zivilen Opfer ist groß, auch nach fast sechs Jahren Afghanistan-Einsatz zeichnet sich keine Besserung ab. Allein in dieser Woche wollen deshalb drei weitere Kreisverbände über unseren Antrag entscheiden: Aichach-Friedberg, Kaiserslautern und Hamburg-Wandsbek. Ich bin mir angesichts der Rückmeldungen sicher, dass wir das Quorum bis Mitte Juli erreichen.

**SZ:** Der Bundesvorstand will den Afghanistan-Kurs auf einem "Länderrat" im September diskutieren lassen. Das wäre vor der Entscheidung des Bundestags über die Mandatsverlängerung. Warum reicht Ihnen das nicht?

**Zion:** Weil im Länderrat vor allem Abgeordnete und Vorstandsmitglieder sitzen. Auf einen Parteitag kommen 80 Delegierte, zu einem Länderrat nur 80 Funktionäre. Hier geht es um Identität und Motivation der Partei. Deshalb sollte der Bundesvorstand den Länderrat in einen Bundesparteitag umwandeln.

(SZ vom 27.6.2007)

[Artikel drucken](#) ☸

[Fenster schließen](#) ☸

17.09.2007 / Inland / Seite 2

## »Wir haben da doch keinen Einfluß drauf«

**Afghanistan-Einsatz: Nach Basisentscheid bei Grünen sind nun Bundestagsabgeordnete am Zug. Ein Gespräch mit Robert Zion**

Wera Richter

Robert Zion ist Mitglied des Vorstandes der Kreisorganisation Gelsenkirchen von Bündnis 90/Grüne und war Mitinitiator des Sonderparteitages am Samstag in Göttingen

**Die Mehrheit der Delegierten des Grünen-Sonderparteitages ist Ihrem Antrag gefolgt und hat die Bundestagsfraktion aufgefordert, bei der Abstimmung gegen die Verlängerung des ISAF-Mandats und des »Tornado«-Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan zu stimmen. Bindend ist das nicht, oder?**

Nein. Die Abgeordneten müssen die Entscheidung mit ihrem Gewissen vereinbaren. So ist die verfassungsrechtliche Lage der Abgeordneten, und das ist auch okay so. In Göttingen ging es am Wochenende um die Partei. Sie mußte einen Befreiungsschlag hinbekommen - und sie hat ihn auch hinbekommen. Mit dem Ergebnis habe ich nicht gerechnet. Offensichtlich ist die Stimmung in der Partei total falsch eingeschätzt worden.

**Nochmal zur Abstimmung: Warum ist es aus Ihrer Sicht okay, daß die Abgeordneten trotz des Votums entscheiden, wie sie wollen?**

Wir haben doch da letzten Endes keinen Einfluß drauf. Aber, wenn sie im Bundestag die Parteilinie, die wir am Wochenende gegeben haben, verlassen, ist das eine Botschaft, die an uns zurückgeht.

**Im Hinblick auf kommende Vorstands- und Gremienwahlen?**

Ja, natürlich. Die Listenaufstellungen finden ja zum Beispiel in den Ländern statt. Das Signal des Parteitages ging aber eindeutig an die Fraktionsspitze. Die soll ihre Rolle als Opposition wahrnehmen. Der Bundesvorstand hatte ja noch versucht, einen Kompromiß vorzulegen, der allerdings keiner war.

**Der Beschluß vom Wochenende läßt sich nur durch die Koppelung von ISAF-Mandat und »Tornado«-Einsatz bei der bevorstehenden Abstimmung erklären. Oder gäbe es die Debatte auch, wenn es nur um ISAF ginge?**

In dem Beschluß steht klar drin, daß das was ISAF in Afghanistan macht, anders gemacht werden muß. Da steht drin, daß ein Befriedungsprozeß in Gang gesetzt werden muß und die militärische Vorgehensweise in Afghanistan falsch ist.

**Sie meinen, die Mehrheit hätte sich auch gegen das ISAF-Mandat ausgesprochen?**

Das weiß ich nicht. Klar ist aber, daß die Debatte über die US-geführte »Operation Enduring Freedom« (OEF) und über den »Tornado«-Einsatz bei den Grünen beendet ist. Die Debatte über ISAF ist jetzt eröffnet.

**Was ist Ihre Meinung zu dem ISAF-Einsatz?**

Meine Meinung ist, -wie es im Beschluß auch steht - daß innerhalb des nächsten Jahres ein grundlegender Strategiewechsel stattfinden muß, weg vom militärischen Denken, hin zum defensiven. Die Bundeswehr muß dort als reine Schutztruppe auftreten, die keine offensiven Kampfhandlungen ausführt, sondern die sich nur wehrt, wenn sie angegriffen wird. Findet ein solcher Wechsel nicht statt, muß sich die Bundeswehr zurückziehen aus Afghanistan.

**Die Grüne Friedensinitiative ist da schon einen Schritt weiter und fordert, daß die ISAF-Truppen in der ersten Hälfte 2008 abgezogen werden ...**

Ich kann doch jetzt noch nicht sagen, was 2008 passiert.

***Was könnte denn passieren, daß deutsche Soldaten dort eine sinnvolle Aufgabe hätten?***

Sie können den zivilen Aufbau schützen. Das steht in dem Mandat der Vereinten Nationen. Sie sollen im Auftrag der afghanischen Regierung eine Schutzfunktion wahrnehmen. Ich halte es nicht für richtig, einfach rauszugehen. Das ist keine friedenspolitische Haltung. Für den Frieden zu sein, heißt ja nicht einfach nur, nicht mitmachen zu wollen, sondern auch konstruktive Lösungen anzubieten. Aber, wie es momentan in Afghanistan läuft, ist es falsch.

***Es läuft schon seit Jugoslawien falsch, aber bis dato hat sich die grüne Basis kaum gegen die Kriegspolitik ihrer Führung gestellt. Warum gerade jetzt?***

Die Basis will die Botschaft aussenden: Wir sind jetzt in der Opposition. Wir sind jetzt in der Opposition und sollten diese Rolle auch wahrnehmen. Wir sollten uns nicht als Regierungspartei im Wartestand definieren.

***Dann wäre die Stimmung bei den Grünen in Regierungsverantwortung eine andere?***

Die Grünen haben Regierungsfähigkeit lernen müssen, das wird Die Linke übrigens auch noch lernen müssen. Und jetzt müssen wir offensichtlich wieder Oppositionsfähigkeit lernen.

**URL:** <http://www.wdr.de/themen/politik/parteien/gruene/sonderparteitag/070916.jhtml>

## Interview mit Robert Zion aus Gelsenkirchen

### Grüne: Ein folgenreicher Antrag aus NRW

**Die Grünen-Delegierten haben auf ihrem Parteitag gegen eine Verlängerung des Einsatzes in Afghanistan gestimmt - und damit eine handfeste Führungskrise ausgelöst. WDR.de sprach mit Robert Zion aus Gelsenkirchen, der den folgenreichen Antrag stellte.**

Robert Zion aus Gelsenkirchen ist einer der Initiatoren des Grünen-Sonderparteitages. Er brachte den Antrag ein, in dem neben einem sofortigen Ende der US-geführten Anti-Terror-Operation "Enduring Freedom" auch der Abzug der "Tornado"-Aufklärungsflugzeuge der Bundeswehr aus Afghanistan gefordert wird. Die Bundestagsabgeordneten werden in dem Beschluss aufgefordert, im Parlament einem verbundenen Mandat für den weiteren Isaf -Einsatz einschließlich der "Tornado"-Flüge nicht zuzustimmen.



Robert Zion

**WDR.de:** Hat Sie das Abstimmungsergebnis überrascht?

**Robert Zion:** Ich war überwältigt. Dass die Partei mit so einem Einschlag wieder zu sich selbst findet, damit habe ich nicht gerechnet. Der ganze Parteitag hat ja gejubelt danach. Wenn man bedenkt, dass der Realo-Antrag nur zehn Prozent der Stimmen bekommen hat - das war, glaube ich, die endgültige Ankunft in der Opposition. Wir haben endlich diese Rolle angenommen.

**WDR.de:** Dieses Votum der Delegierten hat heftige Reaktionen ausgelöst. Da ist vom GAU, von der seit Jahren größten Führungskrise der Grünen, die Rede. Erschreckt Sie, was Sie da losgetreten haben?

**Zion:** Nein. Ich bin froh, weil ich glaube, dass das ein wichtiger Tag für die Partei war. Wir haben die Partei nicht geschwächt, sondern gestärkt. Weil wir sie auf ihre Identität zurückgeführt haben. Diese Normalisierung nach der Regierungszeit, dieses Verhalten, sich nur noch als Regierungspartei im Wartestand zu geben, und auch dieser abgerissene Faden zwischen der Parteispitze und der Basis - das alles haben wir ein gutes Stück weit wieder korrigiert und richtig gestellt.

**WDR.de:** Sind Sie nach der Abstimmung auch auf negative Reaktionen gestoßen?



"Das war schon länger fällig"

**Zion:** Auf keine einzige. Im Gegenteil: Viele Delegierte sind auf mich zugekommen, haben gesagt: "Jetzt kann ich wieder aufrecht durch die Straßen gehen." Oder: "Das war schon länger fällig". Es ging wirklich um die Partei, weniger um diesen Führungsstreit, den wir in den letzten Wochen erlebt haben - sondern darum, dass wir uns neu definieren.

**WDR.de:** Jetzt beschuldigen sich die Mitglieder der Führungsspitze gegenseitig, für die Krise

verantwortlich zu sein. Vor allem Jürgen Trittin wird angegriffen, weil er nicht leidenschaftlich genug für den Leitantrag des Vorstandes gekämpft habe.

**Zion:** Ich kann nicht beurteilen, wer sich da jetzt als Sieger oder Verlierer fühlt. Das war eine Initiative der Basis, der ich eben meine Stimme gegeben habe, in aller Bescheidenheit. Für mich hat einfach die Partei gewonnen.

**WDR.de:** Über Isaf, den Nato-geführten Wiederaufbau in Afghanistan, gibt es eigentlich Konsens in der Partei. Mit ihrem Antrag haben Sie nun zwar nein zu Tornados gesagt, aber gleichzeitig auch gegen den Wiederaufbau votiert.

**Zion:** Der entscheidende Punkt ist doch, dass von der Vorstellung abgerückt wird, man müsste dort dafür einen Krieg führen. Durch die Tornados sind wir ja Kriegspartei geworden. Der Antrag, der durchkam, bekennt sich ja ganz klar zum Schutz des zivilen Wiederaufbaus. Aber bitteschön polizeilich und nicht als offensive Kampfführung.

**WDR.de:** Wie geht es jetzt in Berlin weiter?

**Zion:** Was die Parteiführung jetzt macht, weiß ich nicht. Aber sie wird darauf natürlich reagieren müssen. Ich denke, dass jetzt vor allem der Vorstand gefragt ist, denn das ging an die Fraktionsspitze. Da müssen meiner Meinung nach jetzt einige mal über die Rollen nachdenken, die sie wahrnehmen.

*Das Interview führte Silke Wortel.*

---

**Stand: 16.09.2007, 16:13 Uhr**

---

### **Mehr zum Thema**

---

**ARD:** "Von der Realpolitik verabschiedet"

[<http://www.tagesschau.de/inland/gruene8.html>]

Kritik am Nein der Grünen zum Afghanistan-Einsatz [[tagesschau.de](http://www.tagesschau.de)]

**ARD:** Klares Nein zu Afghanistan-Leitantrag

[<http://www.tagesschau.de/inland/meldung494458.html>]

Schwere Niederlage für Grünen-Vorstand [[tagesschau.de](http://www.tagesschau.de)]

© WDR 2007

16.09.2007

Grünen-Linker Zion

**"Die Basis hat's gerichtet"**

**Robert Zion, linker Grüner aus NRW, findet, dass die Parteispitze jetzt auf die Partei hören sollte, anstatt sich als Regierungspartei im Wartestand zu verhalten.**



"Botschaft an die Fraktionsspitze": NRW-Delegierter Robert Zion Foto: dpa

**taz: Herr Zion, hat Sie der Parteitag überrascht?**

**Robert Zion:** Ja.

Weitere Artikel

"Joschka Fischer ist beerdigt">  
Ströbele wollte "Basis umarmen">  
Kommentar: Grüne Basis gegen  
grüne Spitze>

**ROBERT ZION**, 41, Philosoph und Sozialpädagoge, ist im Vorstand der Gelsenkirchener Grünen.

**Was ist die Botschaft des Parteitags?**

Wir werden kein Ein-Generationen-Projekt gewesen sein. Es gibt auch bei den nachwachsenden Grünen noch Pazifisten. Es ging in Göttingen um Identität und Motivation der Partei. Und die Ankunft in der Opposition.

**Was bedeutet das für die Parteispitze?**

Die Botschaft ging eher an die Fraktionsspitze, an Fritz Kuhn und Renate Künast. Sie haben sehr früh gesagt, dass sie dem Tornado-Einsatz zustimmen. Die Parteispitze hat hart gerungen, Reinhard Bütikofer war dafür, Claudia Roth dagegen - aber es war eben kein Kompromiss möglich in dieser Frage. Deshalb musste es die Basis richten. Und das hat sie getan. Die Partei funktioniert halt noch - auch das ist eine Botschaft des Parteitages.

**Was sollte die Parteispitze daraus lernen?**

Es war ja ganz klar, dass es nur noch darum ging: Wie positioniert sich eigentlich die Gesamtpartei dazu? Insofern ist das einfach ein Erfolg für die Partei. Ob die Parteispitze diesen Schuss gehört hat - das wird sich zeigen.

**Was genau war das Signal an die Parteispitze?**

Dass sie mehr auf die Partei hören und weniger vor der Fraktion einknicken soll.

**Und was soll die Fraktion tun?**

Sie kann natürlich immer noch nach ihrem Gewissen im Bundestag stimmen. Aber zumindest die Botschaft sollte angekommen sein: Wir fordern ja nicht wie die Linke den Abzug aus Afghanistan - aber wir sollen unsere Oppositionsrolle wahrnehmen und dem Kurs der großen Koalition nicht mehr zustimmen. Wir sollten uns nicht länger als Regierungspartei im Wartestand definieren.

**War Göttingen die Absage an den Regierungswillen der Grünen?**

Nein. Ich finde aber, wer den Nachweis seiner Oppositionsfähigkeit nicht erbringen kann, der braucht über seine Regierungsfähigkeit gar nicht erst nachzudenken. So funktioniert diese Demokratie überhaupt nicht.

**Ein "Linksruck" bei den Grünen?**

Wahrscheinlich ist das tatsächlich das Ende der Ära Joschka Fischer.

**Ist mit einer solchen Haltung eine Regierungskoalition jenseits von Rot-Grün denkbar?**

Sie wird unwahrscheinlicher. Ich glaube, auch das war ein Signal des Parteitags: Die Mehrheit der Grünen will Schwarz-Grün oder Jamaica nicht.

INTERVIEW: KATHARINA KOUFEN

---

© taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG, Vervielfältigung  
nur mit Genehmigung des taz Verlags

sueddeutsche.de

Ressort: Deutschland  
URL: /deutschland/artikel/514/137239/  
Datum und Zeit: 12.10.2007 - 12:41

12.10.2007 12:38 Uhr

**Afghanistan-Entscheidung**

## "Die basisdemokratische Kultur der Grünen wurde wieder gestärkt"

**Der Bundestag entscheidet am Freitag über die Mandatsverlängerung für die Bundeswehr in Afghanistan. Die Grünen wollen sich bei der Abstimmung mehrheitlich enthalten. Robert Zion, einer der schärfsten Gegner des *Tornado*-Einsatzes bei den Grünen, im Gespräch.**

*Interview von Thorsten Denkler*



Robert Zion: Hat sich auf dem Sonderparteitag mit seinem Antrag gegen die Parteiführung durchgesetzt.

Foto: dpa

**sueddeutsche.de:** Herr Zion, die grüne Bundestagsfraktion wird sich am morgigen Freitag mehrheitlich enthalten, wenn es um die Abstimmung über das Isaf-Mandat für Afghanistan geht. Ist Ihnen das eine Genugtuung?

**Robert Zion:** Es geht nicht um Genugtuung. Etwas mehr als zwei Drittel der Grünen-Fraktion wird dem Parteitagsbeschluss folgen. Das zollt dem Parteitag Respekt. Ein Erfolg für die Basis.

**sueddeutsche.de:** Knapp 15 Abgeordnete wollen der Basis diesen Respekt nicht zollen.

**Zion:** Diese Abgeordneten nehmen für sich in Anspruch, dass sie eine Gewissensentscheidung zu fällen hätten. Das muss

respektiert werden. Irritiert haben mich allerdings die fünf hessischen Abgeordneten, die eine Kollektiv-Erklärung abgegeben haben, dem Isaf-Mandat und damit dem von uns nicht gewollten *Tornado*-Einsatz zuzustimmen. Eine Gewissensentscheidung ist eine sehr individuelle Sache. Das geht nicht im Kollektiv.

**sueddeutsche.de:** Die Abgeordneten aus Ihrem Landesverband Nordrhein-Westfalen haben sich auch kollektiv entschlossen, sich zu enthalten. Wo ist der Unterschied?

**Zion:** Die haben nicht Gewissensgründe für sich reklamiert, sondern wollten das Parteitagsvotum umsetzen.

**sueddeutsche.de:** Sie sind ja nicht gegen das Isaf-Mandat, sondern gegen den daran gekoppelten *Tornado*-Einsatz. Ist das aus Ihrer Sicht keine Gewissensentscheidung?

**Zion:** Für mich ist das klar eine Sachentscheidung. Es geht hier nicht um Krieg und Frieden, sondern darum, das Vorgehen der Bundesregierung in Afghanistan zu kritisieren und grüne Positionen deutlich zu machen.

**sueddeutsche.de:** Auf dem Göttinger Sonderparteitag zum Afghanistan-Einsatz hatte sich Ihr Antrag gegen den des Bundesvorstandes durchgesetzt. Sie haben damit die Führung Ihrer Partei in erhebliche Schwierigkeiten gebracht. War das notwendig?

**Zion:** Das war von uns nicht beabsichtigt und wir haben damit auch nicht gerechnet. Die Führungsspitze konnte sich ja vorher nicht einigen, in welche Richtung es gehen sollte. So gesehen musste wohl geschehen, was geschehen



ist. Wir haben die Situation nicht herbeigeführt.

**sueddeutsche.de:** Was meinen Sie mit: Es musste wohl so kommen?

**Zion:** Es ist ja auf dem Parteitag mehr passiert, als dass nur eine Sachfrage entschieden wurde. Die Grünen sind jetzt in der Opposition angekommen. Und es wurde die basisdemokratische Kultur der Grünen wieder gestärkt, was mich sehr freut.

**sueddeutsche.de:** Auf dem nächsten Bundesparteitag Ende November in Nürnberg soll es um soziale Fragen gehen. Es wurde geschrieben, Sie würden einen Antrag vorbereiten, mit dem Ziel, die Agenda 2010 zu kippen. Werden Sie weiter den Rebell geben?

**Zion:** Das ist Unsinn. In der Partei wird seit Monaten darüber diskutiert, welche Korrekturen an den Arbeitsmarktreformen notwendig sind. Die Bundesspitze hat dazu ganz vernünftige Vorschläge etwa zur Höhe der Regelsätze bei Hartz IV oder zur Anrechnung der Altersvorsorge gemacht. Nein, von mir wird es dazu keinen eigenen Antrag geben.

**sueddeutsche.de:** Da wird Ihren Partei- und Fraktionschefs aber ein Stein vom Herzen fallen.



**Zion:** Ich kann Sie beruhigen: Für mich kann es in der Politik keine Rolle rückwärts geben. Da bestehe ich drauf. Die Partei ist doch insgesamt auf einem guten Weg. Wir formulieren wieder eigene und differenzierte Positionen, sei es zu Afghanistan oder zu Sozialfragen. Wir sagen nicht nur, dass wir regieren wollen, sondern auch warum wir regieren wollen.

**sueddeutsche.de:** Es fehlt Ihnen nur der Partner.

**Zion:** Das sehe ich ganz gelassen. Auch mögliche Koalitionen mit der FDP und CDU sollten allein von den Inhalten abhängig gemacht werden.

(sueddeutsche.de)

[Artikel drucken](#) | [Fenster schliessen](#)

<b>derStandard.at /Auto</b> ▶ Weitere Angebote ▶ Gratis inserieren	 <b>BMW 525d ...</b> 58.800 € 15000 km	 <b>Mini MINI ...</b> 26.500 € 28175 km	Werbung
--	---	--	---------

**derStandard.at | Politik | International | Europa | Deutschland**

11. Oktober 2007 **"Jetzt lernen die Grünen wieder Opposition"**

18:36 MESZ

Robert Zion, der den Widerstand der Grünen-Basis gegen die deutsche Afghanistan-Politik organisierte, im **STANDARD-Interview**



Sozialpädagoge Robert Zion (41) ist Umweltsprecher in Gelsenkirchen.

Eine Korrektur der rot-grünen Afghanistan-Politik wünscht sich Robert Zion heute im Bundestag. Die Ökopartei könne Joschka Fischer vergessen, sagt der Grüne Parteilinke zu Birgit Baumann.

\*\*\*

**STANDARD:** Sie haben den Widerstand der grünen Basis gegen die Afghanistan-Politik auf einem Sonderparteitag organisiert. Erwarten Sie, dass die Fraktion die Verlängerung des Afghanistan-Mandats nun geschlossen ablehnt?

**Zion:** Nein, ein Abgeordneter ist nach dem Grundgesetz seinem Gewissen verpflichtet. Aber es wäre gut, wenn das Votum die Parteitags-Empfehlung wiedergeben würde. Dazu bräuchte es mehrheitlich Nein-Stimmen und Enthaltungen, denn die verschlechterte Lage in Afghanistan muss sich endlich im Verhalten der Grünen widerspiegeln.

**STANDARD:** Es gibt auch Grüne, die meinen, dass es keinen Aufbau ohne Sicherheit gibt.

**Zion:** Klar, aber es sagen ja auch die NGOs vor Ort, dass die Gesamtstrategie der Nato versagt hat. Die Zentralregierung hat die Kontrolle über die meisten Gebiete verloren. Natürlich haben wir gar nichts erreicht, wenn sich die Nato so wie damals die Sowjetunion fluchtartig zurückzieht. Aber wir müssen generell umdenken. Wir brauchen regionale Befriedungsabkommen mit den tatsächlichen Machthabern vor Ort, also den Warlords oder den Drogenbaronen. Das sagt auch unser Parteitagsbeschluss.

**STANDARD:** Der Parteitagsbeschluss bricht mit der Politik von Ex-Außenminister Joschka Fischer. Hat diese ausgedient? **Zion:** Fischer ist im Ruhestand und das war's dann. **STANDARD:** Ein Nein der Grünen zum Afghanistan-Mandat der Bundeswehr werten die anderen Parteien als Zeichen, dass die Grünen an einer weiteren Regierungsbeteiligung im Bund nicht interessiert sind.

**Zion:** In einem halben Jahr halten alle unseren Beschluss für richtig. Wir haben für Rot-Grün Regierungsfähigkeit lernen müssen, jetzt lernen die Grünen wieder Opposition. Man darf auch nicht vergessen, dass wir in Deutschland ein Fünf-Parteien-Parlament haben und wir deshalb für die großen Parteien strategisch interessant sind. Wir werden schon wieder in die Regierung kommen, ohne dass wir nur eine Mehrheit beschaffen.

**STANDARD:** Im November ist der reguläre Parteitag. Wo sehen Sie noch Korrekturbedarf?

**Zion:** Da geht es um Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Agenda 2010 wird ja schon diskutiert, und es läuft darauf hinaus, dass wir beschließen, den Regelsatz von Hartz IV von 347 auf 420 Euro monatlich zu erhöhen, wie das Wohlfahrtsverbände vorschlagen. Wir müssen bei Hartz IV auch die Anrechnung der Partnereinkommen prüfen. Man muss Absicherung individualisieren. Das würde die Emanzipation auch in den unteren Schichten fördern. (DER STANDARD, Printausgabe, 12.10.2007)

---

© 2007 derStandard.at - Alle Rechte vorbehalten.

Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

15.10.2007 / Inland / Seite 2

## »Die Parteilinke will keine Neuausrichtung«

**Grüne Weltinnenpolitik: Das ISAF-Mandat ist eine gute Sache - es wird nur falsch umgesetzt. Ein Gespräch mit Robert Zion**

*Ralf Wurzbacher*

\* Robert Zion ist Vorstandsmitglied von Bündnis90/Die Grünen im Kreisverband Gelsenkirchen. Er war Mitinitiator des Göttinger Sonderparteitages Mitte September, bei dem der Bundestagsfraktion per Basisentscheid eine Nichtzustimmung zur Verlängerung der deutschen Afghanistan-Mission nahegelegt wurde.

***Aus der Grünen-Fraktion im Bundestag haben am Freitag 15 Abgeordnete für die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr gestimmt und sieben dagegen bei 28 Enthaltungen. Wie bewerten Sie den Ausgang?***

Das ist ein Erfolg für die Parteibasis. Bei der letzten Abstimmung im März hatten noch 26 Abgeordnete für den Einsatz der Tornados votiert. Daß sich nun über zwei Drittel dem Parteitagsbeschluß angeschlossen haben, ist ein deutlicher Beleg für den Respekt der Fraktion vor dem Mehrheitswillen der Partei.

***Kommt die überwiegende Enthaltung nicht eigentlich auch einer Mißachtung des Göttinger Votums gleich?***

Nein. Der im September beschlossene Antrag sah ja ausdrücklich die Möglichkeit einer Ablehnung oder einer Enthaltung vor.

***Aber bleibt angesichts der 28 Enthaltungen nicht doch der bittere Beigeschmack, daß die Verantwortlichen nur aus Parteiräson und nicht aus Überzeugung entschieden haben?***

Ob dem so ist, müssen Sie die Betroffenen selbst fragen. Ich glaube aber schon, daß große Übereinstimmung sowohl in der Partei als auch in der Fraktion über den falschen Kurs der Bundesregierung in punkto Afghanistan-Einsatz besteht. Entsprechend werden wohl auch die allermeisten aus der Überzeugung heraus abgestimmt haben, daß die Verquickung zwischen ISAF- und OEF-Mission großen Schaden anrichtet und die zivilen Aufbaubemühungen zunichte machen könnte.

***Was halten Sie vom Verhalten der 15 Befürworter des Regierungskurses?***

Die im Grundgesetz verankerte Freiheit, dem eigenen Gewissen entsprechend zu entscheiden, ist ausdrücklich zu respektieren. Gerade deshalb hat mich aber das Vorgehen der fünf hessischen Fraktionsmitglieder so irritiert, im Vorfeld kollektiv zu erklären, mit Ja zu stimmen. Das läuft dem Sinn einer Gewissensentscheidung zuwider.

***Mit Fritz Kuhn und Krista Sager haben sich zwei aus der Fraktionsführung über den Parteitagsbeschluß hinweggesetzt. Signalisieren nicht gerade diese beiden damit: Die Fraktion ist alles, die Partei zählt nichts?***

Nein.

***Drohen den Ja-Sagern jetzt Konsequenzen? Etwa mit Blick auf künftige Vorstands- und Gremienwahlen, wie dies im Vorfeld angedeutet wurde.***

Für uns in Nordrhein-Westfalen besteht dazu jedenfalls kein Anlaß. Sämtliche unserer Vertreter im Bundestag haben sich an das Göttinger Votum gehalten.

Spiegel online berichtete am Freitag über parteiinterne Auseinandersetzungen zwischen »Fundis« und

»Realos«, die über die Afghanistan-Frage hinausgehen sollen. Stehen die Grünen tatsächlich vor einer Neuausrichtung?

Abgesehen davon, daß es bei uns keine »Fundis« gibt, wird es auch keine Neuausrichtung geben, weil dies keiner verlangt, auch nicht die Parteilinke. Die Grünen waren schon immer ein basisdemokratisches Zweckbündnis aus Wertkonservativen, Linken und Liberalen, das sich auf Grundwerte beruft, die unter veränderten Bedingungen neu diskutiert und auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Nur weil es solche Debatten gibt, steht deshalb noch kein »Linksruck« bevor, wie dies Renate Künast angedeutet hat.

***Ein grüner Grundwert war aber doch einmal der Pazifismus...***

Ja, damals jedoch unter den Vorzeichen des drohenden atomaren Overkills. Die Lage hat sich seitdem grundlegend geändert. Wir steuern auf eine Art globale Weltinnenpolitik zu, weg von der nationalstaatlichen Verteidigung hin zum Paradigma der globalen Sicherheit. Diesen Veränderungen muß sich auch eine Friedenspartei stellen und fragen, welche Handlungsoptionen sich daraus ergeben.

***Also auch die, Kriegseinsätze mitunter gutzuheißen?***

Natürlich auch das, aber nur solange es sich um friedenschaffende und -erhaltende UN-mandatierte Einsätze handelt. Ich wäre deshalb auch weiterhin ein Befürworter des ISAF-Einsatzes in Afghanistan, wenn die ursprünglichen Ziele des UN-Mandats nicht durch die falsche NATO-Strategie konterkariert werden würden. Der Krieg, wie er heute geführt wird, ist militärisch nicht zu gewinnen und wird uns leider über kurz oder lang den Rückhalt in der afghanischen Bevölkerung kosten.

URL: [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/politik/aktuell/?em\\_cnt=1247347](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1247347)

## Interview

# "Heimweh nach Zukunft"

**Robert Zion, der Rebell von Göttingen, will wieder gegen die Spitze stimmen.**



Robert Zion

*Herr Zion, Sie haben als Rebell von Göttingen Parteitagsgeschichte geschrieben. Sie fechten auch in Nürnberg gegen die grüne Führung. Sie wollen statt einer bedarfsabhängigen Grundsicherung, ein bedingungsloses Grundeinkommen. Warum?*

Wir haben drei Millionen Menschen, die trotz Arbeit arm sind, und mindestens 2,5 Millionen arme Kinder. Es geht nicht mehr nur um Hilfssysteme für Bedürftige, sondern um das soziale Fundament unserer Gesellschaft. Der aktivierende Sozialstaat, wie ihn New Labour definiert hat, ist eine Mär. Es ist unzeitgemäß, den Sozialstaat am alten Normarbeitsbegriff auszurichten. Wir Grüne müssen uns aus der Gefangenschaft sozialdemokratischer Programmatik befreien und das Soziale wieder zu einer unserer tragenden Säulen machen.

*Und das wird mit der Grundsicherung nicht erreicht?*

Sie ist bloß ein freundliches Hartz IV. Dieses linksautoritäre Konzept ist etatistisch. Dort, wo alte Integrationsmechanismen versagen, soll der Staat einspringen. Den Grünen aber ging es immer um die Absicherung selbstbestimmter Lebens- und Arbeitsweisen. Diesen emanzipatorischen Ansatz müssen wir betonen.

*Reicht nicht, was der Bundesvorstand in seinen Antrag zur Grundsicherung geschrieben hat?*

Das Problem ist, dass in der Fraktion noch weitgehend andere Vorstellungen herrschen. Die Frage ist doch: Richten wir unsere Programmatik nur noch an der Anschlussfähigkeit bei den anderen Parteien aus? Oder wollen die Grünen eine eigenständige Sozialpolitik formulieren und gehen dann auf Partnersuche. Es ist doch klar, dass ein solcher Paradigmenwechsel nicht von heute auf morgen, sondern nur stufenweise zu packen wäre. Das ist Sache von Koalitionsverhandlungen. Aber wenn wir uns Regierungsfähigkeit nur noch von den anderen Parteien zugestehen lassen, sind die Grünen kulturell am Ende. Wir sind eine Konzeptpartei und nicht bloß Mehrheitsbeschaffer. Sonst enden wir als Öko-FDP.

*Ist Macht für Sie zweitrangig?*

Macht ist entscheidend. Als die Grünen das ökologische Denken einforderten, wurden sie als Spinner abgetan. Heute haben wir damit gesellschaftliche Hegemonie erreicht. Die ist ein erster Schritt, Macht zu gewinnen.

*Sie stimmen also für das Grundeinkommen und gegen die Grundsicherung?*

Ich muss sogar. Mein Kreisverband hat sich fürs Grundeinkommen ausgesprochen. Eine Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes, wie von der Parteiführung vorgeschlagen, sprengt das alte System. Jeder zweite Vier-Personen-Haushalt hätte plötzlich mindestens Anspruch auf ergänzende Hilfen.

*Ihr Modell ist teuer. Wie wollen Sie es finanzieren?*

Es geht mit einer Einkommensteuerreform, die sich selbst trägt. Der Grundfreibetrag würde sich verdoppeln, die höheren Einkommen würden stärker belastet, Steuerschlupflöcher geschlossen, Steuerausnahmen wie das Ehegattensplitting abgeschafft.

*Nach Göttingen hat Daniel Cohn-Bendit gesagt, der grüne Bauch habe Rot-Grün abgetrieben. Folgt nun der Abtreibung zweiter Teil und werden auch Fischers Erben heimgeschickt?*

Nein, das würde ich nicht wollen. Der Bundesvorstand ist nahe an der Basis. In der Fraktion müssten sich manche fragen, was zu tun ist, wenn sie grüne Programmatik nicht mehr vertreten können. Und die Streitereien in der Gründergeneration müssen aufhören. Fürs Grundeinkommen sind liberale, linke und wertkonservative Grüne. Es sind viele Junge dabei, die im alten System groß wurden, aber sich nicht vorstellen können, dass es so weitergeht. Uns treibt das Heimweh nach Zukunft.

### **Interview: Monika Kappus**

Parteitag: **Grüne treffen sich in Nürnberg**

[ document info ]  
Copyright © FR-online.de 2007  
Dokument erstellt am 22.11.2007 um 18:16:02 Uhr  
Letzte Änderung am 22.11.2007 um 19:19:18 Uhr  
Erscheinungsdatum 23.11.2007